



**FEDIL**

**2007**

**DONNERSTAG, DEN 18. JANUAR 2007**

**LUXEXPO**

**LUXEMBURG-KIRCHBERG**

**BEGRÜBUNGSANSPRACHE**

**VON**

**HERRN ROBERT DENNEWALD**

**PRÄSIDENT DER FEDIL**

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

In den letzten Jahren hat die Zahl und die Bandbreite der Mitglieder der FEDIL sich stark ausgedehnt: neben der Industrie und dem Baugewerbe gewinnt der Dienstleistungssektor zunehmend an Bedeutung. Dementsprechend vielfältig ist auch die Themenpalette mit welcher unser Verband sich übers Jahr beschäftigt.

Der Neujahrsempfang der FEDIL ist deshalb die Gelegenheit auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Er bietet aber auch die Möglichkeit, Stellung zu verschiedenen aktuellen Fragen zu beziehen. Ich werde mich bei meinen Betrachtungen selbstverständlich auf die für uns als Unternehmerverband relevanten Themen beschränken.

Aus konjunktureller Sicht war das Jahr 2006 eher zufriedenstellend. Grund hierfür war eine verstärkte Exportlage, aber vor allem eine sehr positive Entwicklung im Finanzsektor.

Leider gab es im vergangenen Jahr, wie auch schon wieder am Jahresanfang, unerfreuliche Schlagzeilen, dies besonders in der verarbeitenden Industrie und im Baugewerbe, wo es in mehreren Betrieben zu Restrukturierungen, ja sogar zu Betriebsschließungen kam.

Darüber hinaus erregte der Zusammenschluss im Stahlsektor von ARCELOR und MITTAL zur neuen ARCELOR MITTAL Gruppe die Gemüter und machte uns allen klar, dass die Globalisierung der Märkte auch an Luxemburg nicht vorbeigeht.

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken, kam es im Frühjahr letzten Jahres zu äußerst schwierigen Dreier-Verhandlungen zwischen Regierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften im Rahmen der sogenannten Tripartite.

Unser Verband hat sich zu den getroffenen Entscheidungen bekannt, dies jedoch ohne allzu große Begeisterung. Wir waren, und sind nach wie vor der Meinung, dass die in der sogenannten Tripartite vereinbarten Maßnahmen den Herausforderungen, denen unsere Wirtschaft sich derzeit stellen muss, nicht genügend Rechnung tragen.

Zu diesen Herausforderungen gehören beispielsweise die notwendige Sanierung der öffentlichen Finanzen, die zu hohe Inflationsrate, das Funktionieren des Arbeitsmarktes, die zu hohen Lohnkosten oder die dringend notwendige Absicherung der Rentensysteme.

Zu der augenblicklich viel diskutierten Frage des Einheitsstatutes für Arbeiter und Angestellte möchte ich nochmals bestätigen, dass die Zustimmung der FEDIL zu dieser Entscheidung, welche die Sozialpartner mit der Regierung getroffen haben, auch heute noch gilt. Wir bedauern allerdings, dass es nicht möglich war den öffentlichen Sektor in dieses Vorhaben mit einzubeziehen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht wäre dies absolut notwendig gewesen und wir fordern demnach die Regierung auf, Vorschläge in diesem Sinne zu unterbreiten.

In der Tripartite wurde jedoch auch vereinbart, dass die Einführung des Einheitsstatuts keine zusätzlichen Kosten für die Unternehmen - egal welcher Größe oder aus welchem Sektor - verursachen darf. An dieser grundsätzlichen Voraussetzung darf nicht gerüttelt werden.

Auf Grund der Haltung der Gewerkschaften, aber auch angesichts der Vorschläge der Regierung, machen sich unsere Mitglieder, groß, mittel und klein, aus der Industrie, dem Baugewerbe und dem Dienstleistungssektor, ernsthafte Sorgen in Bezug auf die Einführung des Einheitsstatuts.

Zahlreich sind die Betriebe die sich, entweder in Gesprächen, oder in Briefen, persönlich an mich wenden, um mich so auf die negativen, in manchen Fällen sogar existenzgefährdenden

Konsequenzen einer nicht vereinbarungsgemäßen Einführung des Einheitsstatuts, aufmerksam zu machen.

Ich sehe mich deshalb veranlasst, sowohl an die Regierung als auch an die Gewerkschaften zu appellieren um bei der Umsetzung des Einheitsstatuts auf die vereinbarte Kostenneutralität zu achten. Nur unter dieser Voraussetzung kann unser Verband sein Einverständnis zu diesem Vorhaben geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ein weiteres Thema, was einigen sehr bedeutenden Industrieunternehmen im Land ernste Sorgen bereitet, ist der nationale Allokationsplan für die Industrie im Rahmen der EU-Kyoto Verpflichtungen.

Wir haben mit Bestürzung erfahren müssen, dass die von der Luxemburger Regierung berechtigterweise angeforderte CO<sub>2</sub>-Quotenmenge für unsere Industrie, durch den Entscheid der EU-Kommission vom 29. November 2006, drastisch gekürzt wurde. Den bestehenden Betrieben werden 15% der angeforderten Quoten nicht erteilt, von Entwicklungspotenzial überhaupt nicht zu sprechen.

Erschwerend kommt die Tatsache hinzu, dass die EU-Kommission es zulässt, in anderen EU-Ländern ansässige Konkurrenzunternehmen weitaus großzügiger zu bedienen.

Dies wird unserer Meinung nach unweigerlich zu einer Verzerrung des freien Wettbewerbs innerhalb der europäischen Union führen.

Da das technische Reduktionspotenzial in unseren meist neuen und hocheffizienten Betrieben sehr gering ist, sind wir nun damit befasst zwischen teurem Zukauf, Produktionsreduktionen oder Teilschließungen zu wählen, um den Aufforderungen der Kommission nachzukommen, wobei ökologisch unsinnige Konsequenzen nicht auszuschließen sind.

Diese Erfahrung bestätigt unsere kritische Haltung gegenüber etlichen Aspekten der sicherlich berechtigten Klimaschutzpolitik in Europa. Sie sollte auch unsere Regierung dazu anregen, die rezenten Vorschläge der EU-Kommission für 2020 auf ihre Verträglichkeit mit der Industrie- und Wachstumspolitik Europas und auf ihre Auswirkungen für Luxemburg hin zu prüfen und gegebenenfalls Kurskorrekturen anzumehmen.

Dies gilt ebenfalls für die zukünftige europäische Energiepolitik, wo Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz ausgewogen sein müssen, und dies gemäß den Regeln des EU-Binnenmarktes.

Im Hinblick auf den Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs wird die FEDIL ihnen, Herr JUNCKER, und ihren zuständigen Ministerkollegen, eine kritische Analyse einiger Aspekte des Kommissionspakets zukommen lassen.

Liebe Gäste und Mitglieder,

In einer sich rasch verändernden Welt, geprägt durch die Globalisierung der Märkte, müssen wir so manches in Frage stellen und bereit sein, Neues zu wagen. Dies gilt für die Unternehmen, dies gilt aber auch für die Regierung, die politischen Parteien und die Gewerkschaften.

Das Jahr 2006 sollte das Jahr der Erneuerung, sprich der Reformen in vielen Bereichen werden. Auch wenn man anerkennen dürfte, dass die Regierung sich redlich um die Umsetzung der Tripartitebeschlüsse bemüht, muss man aber gleichzeitig feststellen, dass noch vieles zu tun bleibt.

Ich denke beispielsweise an

- die Reform des Bildungswesens, welche eine Grundvoraussetzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit ist;
- die Bekämpfung der hausgemachten Inflation und deren Auswirkungen auf die Lohnentwicklung;
- die Notwendigkeit, im Bereich Forschung und Entwicklung neue Akzente zu setzen;
- die Neuordnung des Rentenwesens im Sinne einer langfristigen Absicherung;

oder noch

- die Anpassung der Unternehmensbesteuerung um die Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes Luxemburg zu gewährleisten.

Auf diese sicherlich sehr wichtigen Themen heute Abend hier einzugehen, würde den Rahmen meiner Begrüßungsansprache sprengen. Ich verspreche Ihnen aber gerne, bei passender Gelegenheit darauf zurückzukommen.

Bei unserer heutigen Veranstaltung sollen jedoch unsere Gastredner im Mittelpunkt stehen.

Es sind dies, wie schon am Anfang erwähnt, Herr Jean-Claude JUNCKER, Premierminister und Finanzminister, sowie Herr Dr. Wolfgang SCHÜSSEL.